

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 51

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



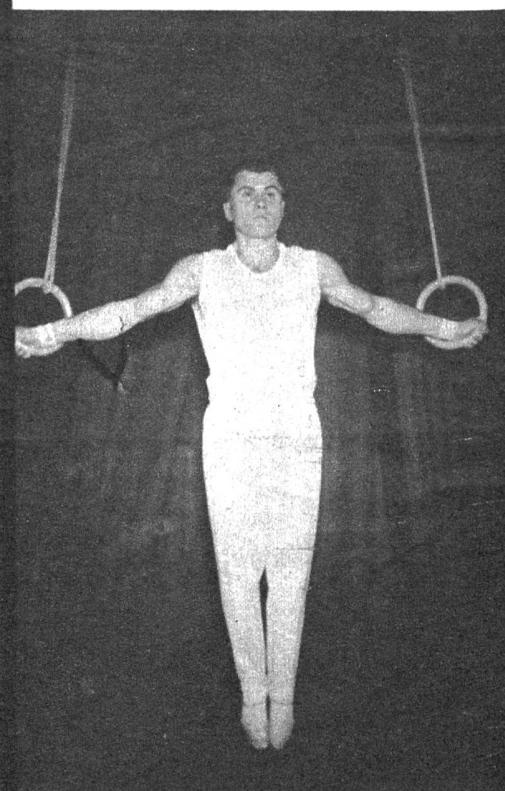
Die gesunkene «Europa» in Le Havre. Eine Equipe zum Wiederflottmachen des Riesenschiffes, dessen einen Teil man im Hintergrund sieht.

Unten: Journalisten besichtigen die Schäden, die die heutige «Liberté» durch den Sturm erlitten hat.



Young Boys — Servette 3 : 3

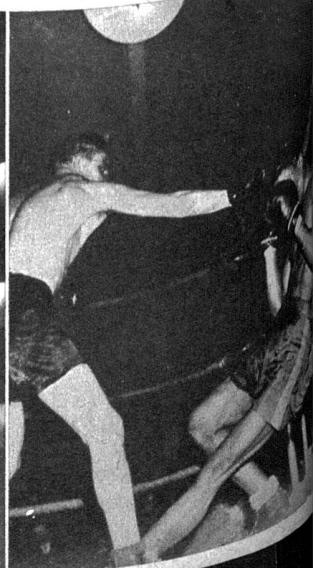
Die Meisterelf aus Genf, für das Spiel in Bern hoch favorisiert, musste auf dem Wankdorf einen wertvollen Meisterschaftspunkt zurücklassen. Die Servettens vermochten bis kurz vor Spielschluss das Resultat 3 : 2 zu ihren Gunsten zu halten, doch zerstörte ein Penalty schliesslich den Sieg. — Unser Bild: Laederach, der Berner Torhüter, stürzt, Flühmann köpfelt den Ball ins Feld zurück, während Pasteur (links), der Genfer Verbinde, zu spät kommt, um das Leder in die Maschen zu befördern. (Photopress)



Unten: Boxmatch mit tödlichem Ausgang. Am 8. Dezember fand in Malmö (Schweden) ein Professional-Boxmatch zwischen dem Nordafrikaner Beneta und dem Finnen Purko statt. In der achten Runde wurde Be-

neta von seinem Gegner derart geschlagen, dass er ausschliefen, Ring fiel und bewusstlos liegen blieb. Er wurde sofort in das Spital verbracht, wo er im Laufe der

Nacht starb.



Drei neue Abteilungschiefs der Oberzolldirektion in Bern



Der neue Chef der Betriebsabteilung, Gérard Borgeaud.



Der Chef der Abteilung für besondere Zollveranlagungen und Spezialsteuern, Alfred Zeller.



Chef der Tarifabteilung wurde Friedrich Rudolf.

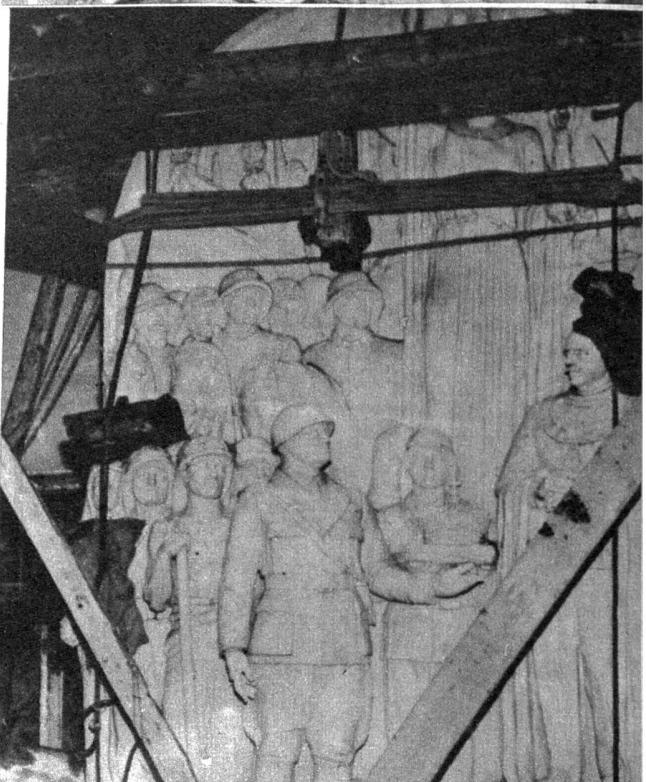
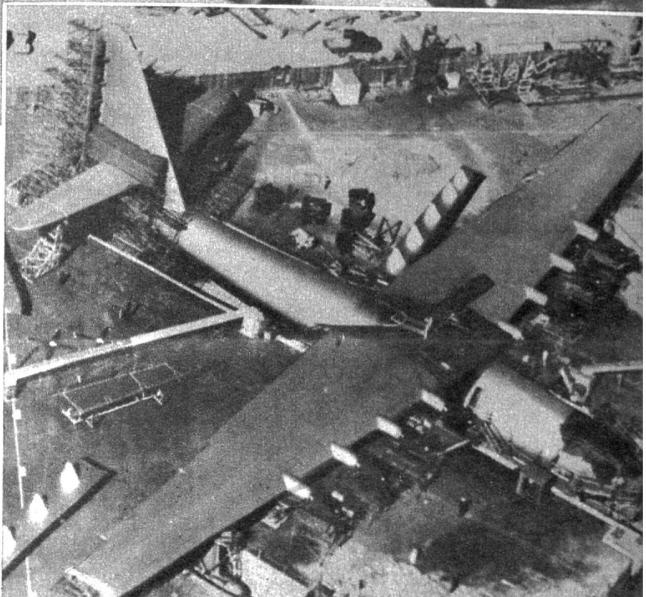
Unten rechts: Eine der pomposesten Reliefplastiken des Faschismus, die «Krönung» am Senatsgebäude in Rom, welche den «Höhepunkt» im Leben Viktor Emanuels III. sowohl wie Mussolinis darstellt, wird jetzt von ihrem stolzen Platz heruntergeholt. Die Plastik zeigt im Vordergrund Mussolini, der Viktor Emanuel die Kaiserkrone übergibt. Hinten erkennt man, hoch zu Ross, De Bono, Mussolini im Januar 1944 niederknallen liess, Marschall Badoglio, der Mussolini stürzte, und Marschall Graziani, der letzte hohe Offizier des Faschismus. (ATP)

Unten: In Madrid fand am 9. Dezember 1946 eine von einer halben Million Menschen inszenierte Protestkundgebung gegen die Stellungnahme der Vereinten Nationen in der Spanienfrage statt. Ein gewaltiger Demonstrationszug am Nationalpalast vorbei, wo General Franco mit den Mitgliedern der Regierung die Huldigungen der Menge entgegennahm. — Unser Bild: Uebersicht über die Menschenmenge auf der Plaza de Oriente. (Photopress)



Oben: Zu wüsten Schlägereien ist es in Chicago gekommen, als einige schwarze Kriegsveteranen mit ihren Familien die bereitgestellten Notquartiere beziehen wollten. Die Autos der Ankömmlinge wurden umringt und schliesslich umgeworfen, die ehemaligen «G.I.'s», die den Chicago-Frauen zwar nicht zum Kämpfen, wohl aber zum Leben offenbar zu schwarz sind, mussten mit ihren Familien fliehen und ihre Habe im Stiche lassen, bis die Polizei mit ihren Gummiknütteln den wüsten Szenen ein Ende mache.

Rechts: Auf der Freiluftwerft von Long Beach in Kalifornien gehen die Arbeiten für das grösste Flugzeug der Welt ihrem Ende entgegen. Es handelt sich um ein Flugboot. Bereits sind die acht Motoren montiert, und auch die Innenausstattung schreitet rasch ihrer Vollendung entgegen. Man beachte die turmhohen Gerüste, die zur Fertigstellung des Seitensteuern auf Backbord notwendig sind. Nähere technische Einzelheiten sind nicht erhältlich. (Photopress)



POLITISCHE RUND SCHAU

Greina-, Blenio- und Kantönligeist

-an- Der Bundesrat hat in der Frage des Rheinwaldwerkes entschieden. Es wird kein Ersäufen der Dörfer geben, keine Umsiedlungen, keine Verluste an Kulturland, vor allem keinen Verlust moralischer Art, wie er uns drohte. Die Verfechter der «technischen Notwendigkeiten» behaupten natürlich auch künftig, vor der «faniatisierten Liebe» einer Talbauernschaft, die durchaus nicht so heiss brenne, wenn schöne Entschädigungen winken, gehe unsere Elektrizitätsnot, gehe das Bedürfnis der Industrie nach vermehrtem Strom, und überdies müssten wir danach trachten, unsere Abhängigkeit von fremder Kohle auf ein Minimum einzuschränken. Infolgedessen sei die Abweisung des Regierungsbegehrens aus Chur durch den Bundesrat ein Unsinn. Die Konzession an das grosse Konsortium hätte erteilt werden müssen. Der einstimmige Beschluss der Rheinwaldgemeinden hätte überwunden werden können — und eigentlich müssten Wege gefunden werden, um in Zukunft mit derlei Bedenken und Widerständen fertig zu werden. Es hält wahrscheinlich schwer, solchem Denken gegenüber aufzukommen und den Leuten, in deren Herzen und Gehirnen sich die Welt so einfach spiegelt, zu beweisen, Wille und Geist eines kleinen Dorfes hätten dasselbe Lebensrecht wie der Wille eines ganzen Landes. Und man untergrabe den Staat selbst, wenn man an die Existenz einer Dorfschaft röhre und ihre Lebensrechte gering einschätze.

Der neu angehobene Streit um Greina und Blenio könnte uns belehren, wann und unter welchen Umständen die Allgemeinheit ein grösseres besitzt, einzugreifen und widerstrebane Interessen gleichzurichten. Dort, wo keine lebenden «Gemeindeorganismen» getroffen werden, wo sich nur zwei darüber streiten, wer das Geschäft machen dürfe, sollte eine höchste Instanz rasch und ohne lange Umwege den Weg der Vernunft weisen dürfen. Jedenfalls sollte es nicht geschehen, dass im ganzen Lande ein Geschrei anhebt nach neuen Werken, und dass ein wichtiger Werkbau auf Jahre hinaus verschoben werden muss, weil sich Interessenten um ein Objekt streiten. Sollen die Wasser am Greina von Graubünden oder vom Tessin konzessioniert werden, das heisst: Wem soll das Ausbeutungsrecht in die Hände gespielt werden? Jedesmal, wenn vom Landesinteresse, vom Strombedürfnis der Industrie die Rede ist, soll man sich sagen, dass «Strom die Hauptache» sei, Nebensache aber, wer die rasche und rationellste Lieferung garantire. Wenn sie nur «garantiert», wenn sie nur verwirklicht wird! Greina und Bleniotal sind eine «schnurgerade Einheit», sozusagen, und ein erster Blick auf die Karte gibt den Tessinern den Vorrang. Hoffen wir, es setze kein «eidgenössisches Markten» von bemühendem Ausmass ab, hoffen wir, der Kantönligeist möge sich nicht auf einem neuen Felde und unter neuen Aspekten austoben. Vor allem möge nicht das Geschäftsinteresse von einzelnen konkurrierenden Gruppen dem «Landesgeschäft», der Energie-Erschliessung, überhaupt im Wege stehen.

Von Europa abgesehen

In Frankreich laboriert Léon Blum an der Bildung einer Regierung herum. Das heisst, bei Beginn dieser Woche wusste niemand, ob er, der hochangesehene Führer der Sozialisten, aber auch der Verlierer der letzten Wahlen, die auseinanderstrebenden Parteien unter einen Hut zu bringen vermöge. Nichts kennzeichnet die Unmöglichkeit der gegenwärtigen Machtverhältnisse in Frankreich deut-

licher als eben dieses «Zurückgreifen» auf Blum, den einstigen Volksfrontpremier zur Zeit der Spanien-Affäre, der grossen Streiks und Fabrikbesetzungen, der fascistischen «Nichteinmischung» im spanischen Bürgerkrieg, der landesverräterischen Kapitalflucht und des aussenpolitischen Defaitismus par excellence. Damals zwang Léon Blum die Arbeiter zur Aufgabe ihrer aktivistischen Pläne, welche den Bürgerkrieg heraufzubeschwören drohten. Die Fabriken wurden schliesslich wieder geräumt, und das Land anerkannte Blums Verdienst, der den Rückzug seiner eigenen Leute erreicht hatte, ohne Kanonen einzusetzen. Damals rettete Léon Blum auch den europäischen Frieden — für ein paar Jahre — Zwar ging die Republik Spanien zugrunde, zwar spottete Hitler über die Staaten, in welchen die «Literaten» regierten, aber der «Literat Blum» hatte für sich und Frankreich den moralischen Ruhm einer wirklichen Nichteinmischung in Spanien. Seine von keiner Seite bezweifelte Integrität, sein loyales Spiel in allen Angleichenheiten jener Jahre, sein vermittelnder Genius wurden von Freund und Feind anerkannt, und auch heute gibt es keine Stimmen, die ihn heruntersetzen möchten. nur weil er damals dank seiner Loyalität eine innen- und aussenpolitische Niederlage nach der andern erlitt.

Ihn, den aus lauter Anständigkeit zum Verlierer gewordenen von damals, rufen heute die Franzosen auf den Posten eines Premiers. Er soll, in des Wortes wahrer Bedeutung, vermitteln, *MRP, Radikalsozialisten, Kommunisten und Sozialisten zusammenbringen*. Thorez, der Kommunist, der die stärkste Partei hinter sich hat, war den MRP-Leuten nicht genehm. Selbstverständlich den weiter rechts stehenden Parteien noch weniger. Umgekehrt wollten die Kommunisten eine Regierung, die irgendwie auf die Rechtsparteien ausgedehnt worden wäre, nicht auftreten lassen. In der Ausweglosigkeit rief das Parlament Léon Blum auf. Jedermann war sich bewusst, dass man nur deshalb nach ihm rief, weil fast jede andere Lösung unmöglich geworden war. Jedermann wusste aber auch, dass das Land endlich, nach wochenlangem Feilschen, eine Regierung haben müsse. Der «Kredit der Demokratie» steht auf dem Spiel. Die Abwanderung der Wähler zu den Rechtsparteien, die antiparlamentarische Ziele verfolgen, könnte einsetzen. Das MRP selbst, als Ganzes, ist gegen derartige Versuchungen nicht gefeit. Das Schreckgespenst der französischen Zersetzung beim Einbruch Hitlers steht an der Wand. Soll das Volk, des ewigen Sehnsüchters müde, abermals von jenen geheimen Sehnsüchten nach «starken Männern» befallen werden? Sollen die einen nach dem autoritären *Vichystaat* lechzen, die andern nach *Sowjetfrankreich*? Soll *de Gaulle* als Retter herbeigesehnt werden? Es liesse sich ja denken, dass neue Wahlen grössere Klarheit bringen, eine deutlichere Akzentuierung der Linken oder aber der Rechten erzielen würden — aber man macht keine neuen Wahlen, wenn man eben erst gewählt hat und sicher sein kann, dass sie wenig ändern würden.

Das schliesslich gebildete, rein sozialistische Kabinett Blum kann unter Umständen länger leben als man ihm prophezeit. Dann nämlich, wenn sein Chef die Parteien durch einen meisterhaften Kompromiss zur Aufgabe aller einseitigen Programme zu einer Herausarbeitung von Richtlinien bewegen kann, denen das ganze Land zu stimmen würde. Kurz und gut, Léon Blum soll das Wunder zustande bringen, den Egoismus der Parteien zu brechen, alle zur Vernunft zu bewegen, zur einsichtigen Zusammenarbeit. Ein Land der «vielen Parteien», ein

Land, in welchem der «Proporz» regiert, braucht solche Einsicht, solche Vernunft. Mehrheitsregierungen, die durch nichts gebunden sind als durch den eigenen Sinn für Mass und Gerechtigkeit gegenüber der Minderheit — siehe Labour in England — haben es leichter. Frankreich sehnt sich im Grunde nach dem Siege solch einer «Mehrheit» und wünscht sich die Stabilität herbei, welche England besitzt. Nur kann man sie nicht haben, es sei denn durch einen Umsturz der heutigen Verfassung. Also bleibt nur die Alternative: «Vernunft der Parteien» — oder Verwirtschaftung des demokratischen Glaubens —». Darin liegt der Sinn des «Experimentes» Léon Blum...

Für Europa

kann man das Ringen um die Vernunft, wie es Frankreich durchlebt, als beispielgebend ansehen. Italien unterliegt der gleichen unheimlich schlechenden Krise wie Frankreich. Auch dort liegt der Gefahrenpunkt in der Entwicklung des «Zentrums», bei den «Christlichen Demokraten», dieser echt katholischen Volkspartei vom Schlag des MRP und der entsprechenden Parteien in Deutschland. Gleich wie in Frankreich droht in Italien der Zerfall dieser grossen Gruppe, die durch den Katholizismus zusammengehalten, durch sehr verschiedenartige wirtschaftliche Interessen aber zerrissen wird. Industrielle und Kleriker predigen den Anti-Kommunismus, Gewerkschafter aber, die mit den Industriellen im Religiösen einig sind, verlangen einen Schulterschluss mit den Sozialisten, in der Hoffnung, dadurch die Kommunisten zähmen zu können. Infolge dieser Zerrissenheit wandern ungeduldig gewordene Wähler zum «Uomo qualunque», der neuen Spielart des alles versprechenden Faschismus, der sich sehr katholisch gibt, hinüber. Im ganzen monarchistischen Süden, bis hinauf nach Rom, ist die Linke ins Hintertreffen geraten. Die Unentschiedenheit der Zentrumslute hat in Rom die Linkskoalition zerbrochen, die Wahl eines kommunistischen Stadtoboberhauptes verhindert, zugleich aber die Möglichkeit gefährdet, die grosse Stadtgemeinde im Sinne der siegreichen ehemaligen «Dreiparteienkoalition» zu verwälten. Ein Umfall des Zentrums nach der Rechten hin, die Rückkehr zur einstigen «Bürgerblockpolitik» mit deutlich monarchistisch-fascistischem Vorzeichen scheint möglich. Ereignet sich aber soleches in Rom, dann wirkt dies für den ganzen Süden als Beispiel; der Gegensatz zwischen dem Süden und dem «roten Norden» ist da, und die Extremisierung des Landes, die Bürgerkriegsgefahr, rückt näher. Geschürt wird die Rechtsbewegung durch eine immer weiter um sich greifende Welle von Fremdenhass. Die Massen folgen einer geheimen Parole, welche den Abzug der letzten alliierten Soldaten heischt. In Padua und anderswo ereignen sich bitterböse Demonstrationen. Und der «Uomo qualunque», die Partei der unklaren, demagogischen Versprechen, wächst...

Man kann sicher sein, dass sich im «Deutschen Rest-Reiche», wenigstens in der französischen und der vereinten angelsächsischen Zone, genau die gleiche Entwicklung anbahnen würde, falls die alliierten Besatzungsarmeen das Land verlassen sollten. «Kommunisten in Masse», wie die Unheilspropheten uns vor einem Jahre verhiessen, gibt es zwischen München und Hamburg nirgends. Die «unauflösbar vordringende Bolschewisierung» war eine Illusion. Die stärkste Minderheitspartei links sind überall die Sozialdemokraten alten Stils. Sie haben in einzelnen Städten, wie etwa in Frankfurt, die Mehrheit. Aber in den Einzelstaaten sind die «Demokraten» massgebende Regierungspartei und bestimmen den politischen Kurs, soweit es die Besetzungsbehörden zulassen, im Zusammenspiel mit den Sozialisten. Die «akute Linksgefahr» ist also weit geringer als in Frankreich und Italien. Nicht geringer aber ist die — getarnte und niedergehaltene — Rechtsgefahr. «Dieser Brief erreicht Sie dank der Anwesenheit der Besatzungsmacht, und sollte sie abziehen, würde ich meinen Koffer packen und auswandern», schreibt

ein Mann der heutigen offiziellen deutschen Presse, der überzeugt ist, dass die Nazis, die man in ihrer ungeheuren Mehrheit nicht als Kriegsverbrecher «sicherstellen» kann, den Ton angegeben und die gesamte geheime und öffentliche Meinung bestimmen.

Die Welt außerhalb Europas, das heisst außerhalb dieser drei Kernländer des alten Kontinents, hat sicher Mühe, das merkwürdige, aus der Vorkriegszeit in unsere Tage hinübergetretete «Parteispiel» zu verstehen. In ihr vollzieht sich alles Geschehen unter einem «Diktat solider Mehrheiten», falls es friedlich zugeht — oder man fährt Krieg oder Bürgerkrieg und sucht die Macht zu erobern, «Mehrheit zu werden». «Abgesehen von Europa» gibt es «angelsächsische Demokratie», oder «Balkandemokratie» — oder Kolonien. So könnte man sagen. Und in diesen ungeheuer viel grösseren Räumen außerhalb Europas marschiert die eigentliche geschichtliche Entwicklung. Ihre Fieberkurven zu beobachten, ist wichtiger als das Studium der europäischen Dauerkrise, welche uns aus dem ersten Rang in die Unterkasse der Nationen verstossen hat.

Täglich laufen Meldungen weltgeschichtlichen Formats in unsren Zeitungen, die wir jedoch selten so würdigen, wie sie's verdienen — eben weil uns die europäischen näher liegen. Da hören wir, dass die Truppen der persischen Regierung nach kurzem Widerstand der «Tudeh-Partei» Aserbeidschan besetzt haben, dass diese Linkspartei dicht vor den Wahlen zerfällt, dass die klerikalen und feudalen Gegner des «Tudeh» und der Russen sich zu Rachedemonstrationen erheben und — dass die Russen keinen Finger rühren, um ihren Freunden in Aserbeidschan zu helfen. Wir sehen die Truppen des Schah ebenso in die kurdische Hauptstadt einziehen, wir sehen, wie sie «Faristan» besetzen — Und wir fragen uns, was sich denn geändert habe.

Dabei fällt uns auf, wie sehr sich die iranische Regierung in Teheran gekräfftigt hat, wie sie tatsächlich eine zentrale Gewalt darstellt, die über die provinziellen Sonderdendenzen Herr wird. Bestünde jene sagenhafte bolschewistische Geheimarmee von bezahlten Agenten und Saboteuren, die angeblich ganz Persien zersetzt hat, stünden die Dinge wohl anders. Die Wahrheit kommt an den Tag: Moskau ist mehr an einem zuverlässigen «iranischen Puffer» als an einem Gebietgewinn südlich von Baku gelegen. Die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Teheran ist keine Phrase. Iran ist als Prellbock aussersehen — darum wird Aserbeidschan preisgegeben. Das ist die Wahrheit über eine wichtige Schwenkung der russischen Politik.

Diese Schwenkung aber ist nur im Zusammenhang mit der russischen Gesamtpolitik zu sehen. Moskau hat in der UNO-Versammlung das Seine beigetragen, um die «Arüstungsresolution» zu ermöglichen. Statt das schärfere antirussische «republikanische Parlament» in den USA herauszufordern, antwortet der Kreml mit einer erhöhten Geschmeidigkeit. Die auffallende Nichteinmischung in Aserbeidschan, das konsequente Schweigen beim Zerfall der Tudeh-Partei, die absolute Loyalität dem Regime Sultaneh gegenüber muss vor allem auch in London den besten Eindruck machen. Konsequenterweise muss nun bald auch das Schwenken in der Meerengenfrage erfolgen. Der Verzicht auf Täbris und die «Flanke am Urmia-See» bedeutet den Verzicht auf die Stellung im Rücken der Türken. Wir werden nicht verwundert sein dürfen, wenn demnächst auch eine neue Politik gegenüber Ankara beginnt.

Und — eine veränderte Deutschlandpolitik! Die sehr deutliche Annäherung des Kremls an die USA lässt dies vermuten. Amerika hat übrigens das Seine getan, um einen der russischen Hauptwünsche zu befriedigen: Es hat durch einen Vorstoß die UNO zu einer Empfehlung an die sämtlichen Regierungen der Welt bewogen, die diplomatischen Beziehungen mit Franco abzubrechen...